

umfasste, nicht mehr kandidieren würde, empfahl der Schwager von Bolz, Regierungsrat Dr. Karl Hepp, den jungen Assessor als Bewerber. Und tatsächlich wurde die Kandidatur des Mannes, der ein „unbeschriebenes Blatt“ war, ein Erfolg.

Rastlos war Bolz im Wahlkampf tätig, und Anfang 1912 gelang es ihm das Reichstagsmandat zu erringen. Im letzten Reichstag des Kaiserreichs war er einer der jüngsten Abgeordneten. Ende des gleichen Jahres wurde er für seinen Heimatwahlkreis Rottenburg in die Abgeordnetenkammer des Württembergischen Landtags gewählt. Damit begann eine beispiellose politisch-parlamentarische Laufbahn, in deren Verlauf er zeitweise (1928–1933) zugleich Reichs- und Landtagsabgeordneter, Regierungschef und Staatsminister war. Angesichts einer solchen Fülle wichtigster Ämter überrascht es nicht, dass er die Führung der Zentrumspartei in Württemberg verdienten Parteifreunden überließ, selbst aber nie an der Spitze der Partei stand. Dass er spätestens nach 1923, als sein Parteifreund Innenminister Eugen Graf starb, der „starke Mann“ des württembergischen Zentrums war, wurde ohnehin nicht in Frage gestellt.



Die Fraktion des Zentrums im Württembergischen Landtag, vor 1928. Eugen Bolz sitzend, 3. von rechts.

Baden-Württemberg

Landeskunde
Landesgeschichte
Landespolitik

7 | 2005

MENSCHEN AUS DEM LAND

1881-1945 EUGEN BOLZ



Landeszentrale
für politische Bildung
Baden-Württemberg

DAS ANDENKEN AN EINEN GROSSEN POLITIKER

Das Andenken nur weniger Politikerpersönlichkeiten seiner Generation wird in Baden-Württemberg so in Ehren gehalten wie jenes des Zentrumsabgeordneten, Ministers und Staatspräsidenten Eugen Bolz. Straßen, Plätze, Schulen und andere öffentliche Gebäude sind nach ihm benannt, ein Saal im Stuttgarter Landtagsgebäude trägt ebenso seinen Namen wie eine Stiftung und ein Preis, der für herausragende Verdienste um Freiheit und Demokratie vergeben wird. Im Herzen der Landeshauptstadt, im Landtag von Baden-Württemberg, in Rottenburg und in Ellwangen gemahnen Bildplastiken, Büsten und Gedenktafeln an das Wirken und den gewaltsamen Tod des bedeutenden katholischen Politikers, der am Ende des Zweiten Weltkriegs dem Wüten des nationalsozialistischen Unrechtsstaats zum Opfer fiel.

In der ersten Parlamentssitzung, die auf deutschem Boden nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges stattfand, nannte am 16. Januar 1946 der sozialdemokratische Politiker Wilhelm Keil Eugen Bolz stellvertretend für die Millionen Menschen, die als Deutsche in Deutschland von Deutschen ermordet worden waren. Die politische Arbeit von Bolz, vor allem aber seine Ermordung infolge der Widerstandstätigkeit des einstigen Regierungschefs, dienten dem sich nach 1945 formierenden politischen Neubeginn im deutschen Südwesten als wiederholt beschworener Bezugspunkt. Eugen Bolz spielte als identitätsstiftende Persönlichkeit sowohl für die Legitimation der südwestdeutschen

Nachkriegsstaatlichkeit als auch für die neue interkonfessionelle Volkspartei CDU eine wesentliche Rolle. Einer der wichtigsten Mitgründer des Bundeslandes Baden-Württemberg, Dr. Gebhard Müller (CDU), betrachtete Bolz als sein Vorbild. Müller formulierte auch einen viel zitierten Kernsatz zu Bolz: „Die eigentliche Tragik dieses Mannes lag darin, dass er vom ersten Tag an das Unheil kommen sah und doch nicht helfen konnte.“

Eugen Bolz: Bronzestatue des Bildhauers Fritz von Graevenitz, 1951.



HERKUNFT – BERUF – BEGINN DER POLITISCHEN KARRIERE

Eugen Anton Bolz kam am 15. Dezember 1881 als zwölftes von 13 Kindern, von denen sechs schon im Kindesalter starben, in der Bischofsstadt Rottenburg am Neckar zur Welt. Die Handwerkerfamilie Bolz war in dem einst vorderösterreichischen Städtchen, das zur Zeit von Bolz' Geburt etwa 6.800 Einwohner zählte, seit Jahrhunderten ansässig. Sein Vater Josef Bolz (1832–1899) führte in Rottenburg ein Kolonialwarengeschäft, seine Frau Maria Theresia Huber (1841–1918) war die Tochter eines Kornhändlers aus Weingarten.

Nach dem Besuch der Volksschule und des Progymnasiums in seiner Heimatstadt schloss der streng katholisch erzogene Bolz seine Schulzeit am Karls-Gymnasium in Stuttgart ab. Das Studium der Rechtswissenschaften führte ihn an die Universitäten Tübingen, Bonn und Berlin. In Tübingen trat er der Akademischen Verbindung Guestfalia bei, auch an den beiden anderen Universitäten schloss er sich katholischen Verbindungen an.

Nachdem er die beiden höheren Justizdienstprüfungen erfolgreich absolviert hatte, begann er mit 27 Jahren 1909 seine Tätigkeit im württembergischen Justizdienst. Vorangegangen war die Ableistung seines Militärdienstes als „Einjährig Freiwilliger“ beim Feldartillerie-Regiment 49 in Ulm. Bevor er die politische Laufbahn einschlug, war Bolz als Gerichtsassessor der Stuttgarter Staatsanwaltschaft zugeteilt und war zeitweise als stellvertretender Amtsrichter zum Amtsgericht Stuttgart abgeordnet. 1920 heiratete Eugen Bolz seine langjährige Verlobte, die Studienrätin Maria Hoeneß (1882–1948). Aus der Ehe ging die Tochter Mechtild hervor.

Schon als Mittzwanziger war Bolz in die Jugendorganisation der Zentrums-Partei, den Windthorstbund, eingetreten. Auch für den jungen Juristen war der Windthorstbund die „Schule der Politik“, in der er sich erstmals als Redner profilierte und den Parteiobere auffiel. Als 1911 bekannt wurde, dass der Abgeordnete des 13. württembergischen Reichstagswahlkreises, der die Oberämter Aalen, Ellwangen, Neresheim und Gaildorf

MINISTER UND STAATSPRÄSIDENT IN DEN WEIMARER JAHREN

Im Ersten Weltkrieg stand Bolz als Leutnant an der Westfront und wirkte in den Garnisonen Ulm und Ludwigsburg sowie im Reichsentschädigungsamt in Brüssel. Die Novemberrevolution 1918 hat ihn erschüttert, eine Abkehr von der politischen Arbeit kam für ihn aber nicht in Frage. Mit ganzem Herzen und voller Kraft wollte er den Grundsatz seiner Partei vertreten, dass man sich gerade in politisch unruhigen Zeiten, in denen das bürgerlich-konservative Lager gegenüber der Linken kurzzeitig an Einfluss verlor, nicht abseits stellen dürfe. Im Gegenteil: Das Zentrum habe die Pflicht, seine christliche Politik beharrlich fortzuführen und Staat und Volk in ruhigere Zeiten zu geleiten. Bolz hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass er sich – ob im Reich oder in Württemberg – eine Regierung ohne Beteiligung des Zentrums nicht vorstellen konnte. Daher lehnte er die Rätebewegung vollkommen ab und machte sich für die möglichst rasche Einberufung verfassunggebender Versammlungen stark, die im Januar 1919 mit ihrer Arbeit begannen.



Eugen Bolz (mittlere Reihe, 2. von links) im Stuttgarter Halbmondsaal als Justizminister im Kabinett Johannes Hieber (1920 – 1924).

Bolz gehörte den Parlamenten in Berlin und Stuttgart an und warb in zahlreichen Versammlungen für den neuen Staat, der auf die Unterstützung aller aufbauwilligen Kräfte angewiesen war. Auch auf den seit 1919 abgehaltenen württembergischen Katholikentagen sprach sich Bolz für den neuen Staat und die demokratische Verfassung aus. Nur selten ließ er dabei seine Sorge durchblicken, der schwache Parlamentarismus könne eine konsequente Staatsführung unmöglich machen.

Nach dem Tod des Justizministers Dr. Johannes von Kiene (1852–1919) berief Staatspräsident Wilhelm Blos (SPD) den 38-jährigen Amtsrichter Bolz am 29. Oktober 1919 zum württembergischen Justizminister. Kaum ein Jahr später bestimmte ihn Staatspräsident Johannes von Hieber (DDP) zu seinem Stellvertreter, 1923 wechselte Bolz vom Justiz- ins Innenressort. 1928 erfolgte seine Wahl zum Staatspräsidenten und Regierungschef einer Mitte-Rechts-Koalition mit der deutschnationalen Bürgerpartei und dem württembergischen Bauernbund, die Anfang 1930 durch die Beteiligung der liberalen Parteien DVP und DDP erweitert wurde.

Als Regierungsmitglied und zuletzt Regierungschef befand sich Bolz in einer geradezu erstaunlichen Weise auf der Höhe der Zeit. Er setzte vor allem im Bereich der Sozial-, Verkehrs- und Energiepolitik bleibende Akzente. Württemberg wurde in den 1920er-Jahren großflächig an das Stromnetz angeschlossen. Bolz zählte zu den Mitgründern der Württembergischen Landeskreditanstalt und der Schwabenwerke, der späteren Energieversorgung Schwaben (EVS). Bei allen Entscheidungen suchte er die finanziellen Folgen zu bedenken. Gegen die Wirtschaftskrise agierte er mit beispielloser Sparsamkeit. Bolz drang auf Staatsvereinfachung, um hier Kosten zu sparen. In diesem Zusammenhang sah er auch einen möglichen Zusammenschluss Württembergs mit dem benachbarten Baden, wovon er sich auch eine Stärkung gegenüber den

Berliner Zentralisierungsbestrebungen versprach. Das Kabinett schreckte allerdings vor den hohen Schulden Badens zurück, das seinerseits nicht von Württemberg „geschluckt“ werden wollte.

Als Innenminister führte er die Verstaatlichung der bisher kommunal organisierten Polizei durch und verstand es, in Württemberg in Zeiten Ruhe und Ordnung weitgehend aufrecht zu erhalten, in denen es in anderen Ländern wie Bayern oder Thüringen zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen kam. Auf der anderen Seite hatte die Opposition wiederholt und mit Recht zu klagen, dass Bolz und sein Parteifreund Justizminister Beyerle schneller einen linken als einen rechten Ruhestörer verhaften ließen.

Der württembergische Innenminister Eugen Bolz.



Interessantes zum Land von der LpB

Baden-Württemberg – Vielfalt und Stärke der Regionen

hrsg. v. Hans-Georg Wehling u.a., 400 S., 700 Abb., 2002, 15.- EUR

Parteien in Baden-Württemberg Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 31, Michael Eilfort (Hrsg.): 263 S., 2004, 5.- EUR

Kulturelle Vielfalt, Baden-Württemberg als Einwanderungsland Schriften zur politischen Landeskunde Bd. 32, Karl-Heinz Meier-Braun/Reinhold Weber (Hrsg.): 316 S., 2005, 5.- EUR

Taschenbuch Baden-Württemberg Gesetze – Daten – Analysen Red.: Siegfried Frech, 520 S., Neuauflage 2004, 2,50 EUR

Baden-Württemberg enträtseln – denken, suchen, knobeln Rätselheft, 2004, 80 S., kostenlos*

Mini-Puzzle Baden-Württemberg 54 Puzzleteile, Bildformat 175 x 125 mm, 2004, Lieferung ab 30 Ex.**

Gedenkstätten in Baden-Württemberg Informationen zu Gedenkorten (Geschichte, Arbeit, Angebote), 72 S., 2005, kostenlos*

Grundgesetz und Landesverfassung Liliput, 2004, kostenlos**

Weg der Revolutionäre Deutsche Revolution in Baden 1848/49, Hefte „Wanderrouuten“ und „Informationstafeln“, kostenlos*

* in Einzelexemplaren, ** bei Mehrbedarf bitte Preise anfragen (siehe unter Bestellungen). Die aufgeführten Schutzgebühren verstehen sich zzgl. Versandkosten.

Die Landeszentrale für politische Bildung (LpB)

- ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes Baden-Württemberg,
- will für die Demokratie begeistern,
- hilft zur eigenen Meinung,
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage,
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktisch-methodische Arbeitshilfen und Spiele an,
- betreibt als eigene Tagungsstätte das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach mit Bibliothek/Mediothek
- und LpB-Shops/Publikationsausgaben am Hauptsitz Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg, Heidelberg und Tübingen.

Bestellungen und Informationen zum Angebot der Landeszentrale für politische Bildung über:
LpB-Marketing, Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart, Fax (0711) 16 40 99 77, marketing@lpb.bwl.de, www.lpb-bw.de

Impressum

Redaktionen Politik & Unterricht/
Landeskundliche Schriftenreihe,
Dr. Reinhold Weber,
Staffenbergstraße 38, 70184 Stuttgart,
reinhold.weber@lpb.bwl.de

Gestaltung: Bertron.Schwarz.Frey
Gruppe für Gestaltung, Schwäbisch Gmünd

Fotos: Archiv des Landtags von Baden-Württemberg
Landesmedienzentrum Baden-Württemberg
Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Sammlung Holder)

Druck: e.kurz+co, Stuttgart

Bereits erschienen in dieser Reihe:

- 1/2000: Vor 150 Jahren – Der Bau der Geislinger Steige
- 2/2000: Vor 50 Jahren – Charta der deutschen Heimatvertriebenen
- 3/2002: Vor 50 Jahren – Die Entstehung des Landes Baden-Württemberg
- 4/2002: Vor 500 Jahren – Bauernkrieg im Südwesten
- 5/2002: Matthias Erzberger
- 6/2004: Kurt Georg Kiesinger

ALS STAATSMANN AM ENDE DER WEIMARER REPUBLIK

1932 errang die NSDAP auch in Württemberg einen beachtlichen Erfolg bei der Landtagswahl. Die Zahl ihrer Abgeordneten erhöhte sich von einem (!) auf 23. Auf geradezu spektakuläre Weise stellten die Nationalsozialisten fortan die stärkste Fraktion und damit auch den Parlamentspräsidenten. Doch damit nicht genug: Sie griffen auch gleich nach der Macht und schickten bei der Neuwahl des Staatspräsidenten einen eigenen Kandidaten, den späteren Innen- und Justizminister Dr. Jonathan Schmid, ins Rennen. Dieser erhielt zwei Stimmen mehr als Bolz. Letzterer blieb jedoch aufgrund einer kurz zuvor beschlossenen Änderung der Geschäftsordnung des Landtags geschäftsführend im Amt.

Bolz regierte unter weit gehender Ausschaltung des Landtags, der unter der Obstruktion durch die NSDAP-Abgeordneten litt, mit Notverordnungen, was seiner von ihm wiederholt dargelegten Auffassung von autoritärer Staatsführung durchaus entgegenkam. In Krisenzeiten konnte er sich sogar eine „Diktatur auf Zeit“ vorstellen, die sich freilich in den Bahnen von Verfassung und Moral zu bewegen hatte.

Die Gefahren des Nationalsozialismus hat Bolz nicht in vollem Umfang erkannt, er bekämpfte ihn aber von Anfang an, wenn auch vornehmlich aus allgemeinen politischen und moralischen Gründen. Nach der Reichstagswahl vom 5. März 1933 entsandte Reichsinnenminister Dr. Wilhelm Frick (NSDAP) einen Polizeikommissar nach Württemberg, der ohne Widerstand die Staatsgewalt übernahm. Bolz und sein Kabinett wichen der legalistischen Drohkulisse, die nach dem „Reichstagsbrand“ errichtet worden war und wesentliche Artikel der Weimarer Reichsverfassung liquidiert hatte.

Nur weil Bolz überzeugt davon war, dass sich die Nationalsozialisten trotz allem im verfassungsmäßigen Rahmen bewegten, ermöglichte auch er ihnen die Machtübernahme in Württemberg. Am 15. März 1933 verlor er sein Amt als Regierungschef. Im Zuge des NS-Gesetzes „zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erhielt er nur die Pensionsbezüge eines

WIDERSTAND GEGEN DEN NATIONALSOZIALISMUS

Bolz hatte der NSDAP im Reichstagswahlkampf im Februar 1933 die Nutzung des Schlossplatzes in Stuttgart versagt. Reichskanzler Adolf Hitler fühlte sich persönlich düpiert. Als dann auch noch Kommunisten die Lautsprecheranlage zerstörten, war die NSDAP bis aufs Blut gereizt. Bolz hatte den Hass des NS-„Führers“ auf sich gezogen, der ihn bis in den Tod verfolgen sollte. Die Nationalsozialisten organisierten Massenaufläufe und Schmähungen gegen den entmachteten Staatspräsidenten, um dann öffentlich zu verkünden, er sei in „Schutzhaft“ genommen worden, um ihn vor drohender Gefahr zu bewahren.



Amtsrichters.

Dem „Ermächtigungsgesetz“ stand er im Gegensatz zur Mehrheit seiner Fraktion ablehnend gegenüber. Er erkannte die Selbstentäußerung des Parlaments und die sich daraus ergebenden Folgen für die innere Verfassung Deutschlands. Nur unter dem Druck des Fraktionszwangs willigte er sehr schweren Herzens ein, bei der Abstimmung im Reichstag geschlossen mit der Fraktion für die Annahme des Gesetzes zu stimmen.



Am 27. Juli 1930 wurde in Urach das „Haus auf der Alb“ vom württembergischen Staatspräsidenten Eugen Bolz eingeweiht. Heute ist das Bauhaus-Denkmal Tagungsstätte der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

Die Heuchelei der neuen Machthaber war grenzenlos. Sie schikanierten Bolz bei jeder Gelegenheit und überwachten jeden seiner Schritte. Im Stuttgarter Vinzentiushaus sammelten sich um ihn regelmäßig ehemalige Parteifreunde, die nach Kriegsende beim politischen Neubeginn wichtige Funktionen ausfüllten, unter ihnen Josef Andre, Anton Huber, Gebhard Müller und Felix Walter. Nur mit seinem tiefen Glauben ertrug er das Gefühl, „arbeitslos, geächtet und unfrei“ zu sein.

Ab 1942 kam er in Kontakt mit dem Widerstandskreis um Carl Goerdeler. Der einstige Oberbürgermeister von Leipzig bereitete sich auf die Zeit nach dem Ende des „Dritten Reiches“ vor und nahm Bolz als Kultminister auf seine Kabinettliste. Aus seiner politischen und moralischen Grundanschauung heraus lehnte der tief gläubige Katholik Bolz den gewaltsamen Umsturz ab. Er geriet in schwerste Gewissenskonflikte, als er vom Attentatsplan auf Hitler erfuhr. Nach dem 20. Juli 1944 wurde er als Mitwisser verhaftet und Ende August von Stuttgart nach Berlin verschleppt.

Eugen Bolz am 21. Dezember 1944, dem Tag seiner Verurteilung zum Tode durch den Volksgerichtshof unter Vorsitz von Roland Freisler.

Am 19. Juni 1933 wird Eugen Bolz (markiert durch Kreis) von den NS-Machthabern vor dem Stuttgarter Polizeipräsidium in der Dorotheenstraße verhaftet.



Kurz nach seiner Verurteilung zum Tode schrieb Bolz an seine Frau und Töchter bewegende Sätze:

„Was ich gefühlt habe, kam. Erbarmungslos. Ich habe mich innerlich, religiös in Monaten darauf eingestellt. Ich muss von Euch und vom Leben Abschied nehmen. Euch zu verlassen ist mir schwer. Ich bitte Euch, nehmt es hin als das mir von Gott bestimmte Kreuz. Ich habe wenigstens die Gnade, vorbereitet zu sterben und vielleicht einer bösen Zeit zu entgehen.“ *

* Der letzte Satz wurde von der Zensur gestrichen.

In einem Nachsatz zu dem Brief schrieb Bolz:

„Ich trage mein Schicksal mit Gleichmut. Tuet desgleichen. Unser Herrgott wird Euch helfen. Macht Euch nicht zu viele Sorgen. (...) Wenn ich nur Eure Liebe vergelten könnte.“

Die zahlreichen Verhöre gingen mit brutalen Folterungen einher, man ließ ihn hungern. Schon im September 1944 zum Skelett abgemagert, konnte er sich nur noch mit Hilfe von Stöcken bewegen. Vor dem Volksgerichtshof wurde gegen Bolz Anklage wegen Landesverrats erhoben. In der Hauptverhandlung am 21. Dezember 1944 erfolgte die Verurteilung zum Tode. Trotz verzweifelter Versuche seiner Frau und seiner Tochter, Gnade für den Ehemann und Vater zu erwirken, wurde Eugen Bolz am 23. Januar 1945 durch das Fallbeil getötet.

Vier Monate nach seiner Ermordung endete der Zweite Weltkrieg. Das Vermächtnis von Eugen Bolz wurde über alle Parteigrenzen hinweg anerkannt und gehörte von Anfang an zum identitätsstiftenden Wertekanon des sich neu organisierenden Deutschland. Es waren Persönlichkeiten wie Eugen Bolz, die durch ihr Beispiel diesem Land ein Stück Hoffnung und Achtung gaben und den in der späten Kaiserzeit beginnenden Fundus demokratischer Traditionen symbolisieren, auf den der politische Neubeginn nach 1945 nicht hätte verzichten können.

Frank Raberg

